



Frontex: EU-Grenzschutz bekämpft Menschen

Die europäische Küsten- und Grenzschutzagentur „Frontex“ sorgt für einen Skandal nach dem anderen. Regelmäßig geht es um Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen, dazu kam am 5. Februar die Veröffentlichung von internen Daten durch das ZDF Magazin Royale von Jan Böhmermann.

Große Geschäfte mit der Rüstungsindustrie

Dort wird unter anderem davon berichtet, wie Frontex die versammelte europäische Waffenlobby bewirbt, sich aber gegenüber dem EU-Parlament daran später nicht mehr „erinnern“ will. Für die Waffenindustrie ist Frontex ein dankbarer Kunde, immerhin wird diese „Behörde“, die ursprünglich den Grenzschutz der Einzelstaaten koordinieren und unterstützen sollte, seit Jahren massiv ausgebaut und aufgerüstet. Das Frontex-Budget stieg von 330 Mio. Euro im Jahr 2019 auf 460 Mio. im letzten Jahr und soll in den kommenden Jahren auf 1,3 Milliarden Euro weiter verdreifacht werden. Mit den Milliarden sollen 10.000 eigene Frontex-Polizisten – man könnte auch sagen: Soldaten – eingestellt und im großen Stil Kriegsmaterial eingekauft werden. Besonders brisant ist das Interesse von Frontex für Gesichtserkennungssoftware und andere biometrische Verfahren, die innerhalb der EU aus Datenschutzgründen hoch umstritten sind. Offenbar sollen diese an Geflüchteten ausprobiert und so „salonfähig“ gemacht werden.

Illegale „Pushbacks“ statt Seenotrettung

Mit Pushback bezeichnet man die Praxis, Flüchtlinge aus EU-Gewässern aufs offene Meer zurückzubringen. Damit wird ihr Recht, einen Asylantrag in Europa zu stellen, mit Füßen getreten. Dabei werden oft ihre Boote zerstört bzw. manövrierunfähig gemacht und dann sich selbst überlassen. Schon 2013 musste Frontex offiziell zugestehen, dass ihre Einheiten an diesem illegalen Zurückdrängen von Geflüchteten beteiligt sind. Und allein für den Zeitraum März bis Dezember 2020 hat die Nichtregierungsorganisation Mare Liberum („freies Meer“) Pushbacks von fast 10.000 Geflüchteten dokumentiert, darunter nicht wenige Frauen und Kinder. Die tatsächlichen Fälle dürften weit darüber liegen.

Das zynische Kalkül beim Pushback: entweder die Flüchtlinge werden von der Küstenwache von nicht-EU-Ländern (wie der Türkei oder Libyen) aufgegriffen und in diese Länder zurückgebracht, oder sie gesellen sich zur namenlosen Zahl der Geflüchteten,

die auf dem Weg nach Europa jämmerlich ertrinken. Dies waren seit 2014 offiziell mehr als 21.000.

Die EU ist direkt verantwortlich für diese Toten, auch weil Frontex statt in Seenot Geratenen das Leben zu retten, nur darum besorgt ist, sie von der EU fernzuhalten. Oft sind es die Küstenwachen von EU-Staaten wie Griechenland, die das dreckige Pushback-Geschäft übernehmen. Aber Frontex weiß davon und schaut weg ... oder schaut zu. Auch die deutsche Bundespolizei, die von allen EU-Staaten den größten Anteil der Frontex-Truppen stellt, ist mit dabei. Im Zuge der jüngsten Enthüllungen hat ein für Frontex tätiger Bundespolizist im Fernsehen geschildert, wie Pushbacks intern als notwendig dargestellt werden und sagte: „*Ich schäme mich, Teil des Systems zu sein, das Menschen entrechtet, statt Recht durchzusetzen.*“

Weg mit der Festung Europa!

All diese Skandale und Menschenrechtsverletzungen sind nicht auf schlechtes Management von Frontex zu schieben, sondern ergeben sich aus deren politischer Aufgabe. Es sind die europäischen Regierungen, allen voran die deutsche, die Europa zur Festung machen. Der „Schutz der Außengrenzen“, für den jetzt eine hochgerüstete Armee geschaffen wird, ist kein Schutz gegen böswillige Invasoren, sondern menschenverachtende Abschottung gegenüber denjenigen, die vor Krieg, Hunger und Elend fliehen. Wofür obendrein die weltweite Ausbeutungspolitik der europäischen Großkonzerne verantwortlich ist. Wenn nun also wieder mal die Menschenrechtsverletzungen von Frontex „untersucht“ werden sollen, so wird das überhaupt nichts ändern.

Während Waren und Kapital, ganze Fabriken und Wertschöpfungsketten weltumspannende „Reisefreiheit“ genießen, die Konzerne ihre Produktion nach Gutdünken in Billiglohnländer verlagern können, wollen die Regierenden uns weismachen, durch ihre zynische Abschottungspolitik „unseren Wohlstand“ zu schützen. Doch die Arbeitenden brauchen keinen Stacheldraht und keine Grenzzäune, um die eigenen Interessen zu schützen, sondern die gemeinsame kollektive Kraft.

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Pokerface

Die DB belästigt uns mit einem Schreiben zur „Information über die Anwendung tarifvertraglicher Regeln“. Lauter Formulierungen, denen man nicht so viel entnehmen kann. Was heißt das jetzt?

Die DB versucht Druck und Angst zu machen. Aber es gibt keinen Grund in Panik auszubrechen. Sie können auch nicht einfach Ansprüche wegnehmen. Besser, wir pokern auch.

Danke für die Erinnerung

Zusätzlich hat die DB eine „Detailübersicht“ erstellt, was alles nicht mehr angewendet wird, wenn ein Tarifvertrag wegen Tarifeinheitgesetz wegfällt.

Liest sich wie eine Liste, was jeweils noch in die Tarifverträge reinmüsste, ein paar Dinge fehlen offensichtlich bei den EVG-Tarifverträgen, ein paar bei den GDL-Tarifverträgen. Die Liste sollte noch zusätzlich in die Tarifrunden geschmissen werden.

Zahlensalat oder Buchstabensuppe?

Notar oder Treuhänder sollen auf Wunsch der DB Gewerkschaftsmitglieder zählen. Ok, jeder macht halt den Beruf, den er kann: die einen können gut Zahlen feststellen und andere halten das für das Wichtigste der Welt überhaupt.

Was denkt die DB, dass sie ein paar Zahlen auf Zettel schreiben lassen und wir wie Schafe ruhig in den einen oder anderen Stall trotten? Wir können die Gewerkschaft wechseln, wie wir wollen, oder auch erst eintreten, wenn die Streiks starten, oder wieder austreten. Vor allem, wenn die Stimmung wütend genug ist, dann werden irgendwelche Zahlen bei einem Notar nicht verhindern, dass wir uns über whatsapp und facebook verbinden und den Streik organisieren. Was zählt, ist, was wir real auf die Beine stellen.

Gemeinsame Jagd

Statt nach Gewerkschaftsmitgliedern zu jagen könnten wir alle zusammen Jagd auf das Management machen, damit alle profitieren:

volle Corona-Prämie, Gehaltserhöhung mindestens 4,8% für dieses Jahr, bessere Teilzeitlegelungen im Alter, höhere Betriebsrente, bessere Schichtregelungen...

Freundschaftsanfragen

DB spekuliert vielleicht darauf, dass wir mit Streiks zögern, weil wegen Corona die Bevölkerung kein Verständnis haben könnte.

Damit könnten sie sich aber völlig verspekulieren. Denn viele Menschen in diesem Land, nicht nur bei der Bahn, sind sauer: weil zig Unternehmen Corona als Vorwand nutzen für Stellenabbau und Lohnkürzungen, weil soviel Geld an Großkonzerne fließt. Es könnte sehr gut ankommen, wenn Bahner zeigen, dass wir uns wehren. Und es gibt immer mal Protes-

te gegen die Unzumutbarkeiten, bei H&M, in der Pflege, bei Siemens Energy... Wir könnten Kontakt aufnehmen, was schreiben, Informationen teilen usw.

Lieber schön vage bleiben?

Wenn die obligatorische Bettel-SMS nichts zu den offenen Schichten sagt, bedeutet das Schweigen, dass zu viel offen ist, nach dem Motto, wir nehmen alles, was wir kriegen können und entscheiden je nachdem wie hoch die Pönale ausfallen würde?

Wo doch der Computer mit dem Superprogramm so dolle Schichten gebastelt hat...

Wer braucht sowas?

Lutz und Seiler haben sich nach dem Wintereinbruch pressewirksam bei uns bedankt, wir machen großartige Arbeit, und so. Und sie haben versprochen, noch besser zu werden.

Keiner kann den Mist mehr hören. Warme Worte, aber die Realität sieht so aus: 2 Mrd. Einsparungen, keine Corona Prämie, nix Vereinbarkeit Familie und Beruf, bei Regio eingefrorene Loks und Wagen, bei Netz die Schichten das reine Chaos, ausgefallene Weichenheizungen, zugefrorene Weichen und keiner ist da zum Schnee und Eis räumen, im Südharz tagelang Strecken dicht, dieselbe Blamage auf der neuen Schnellstrecke nach München und und und. Sich selbst aber Boni zahlen. Statt sich zuhause `nen Bunten zu machen, hätte der Vorstand gerne mal ein paar Weichen frei kratzen können.

Zettel, Weisung, weg?

Wegen der Masken werden Kollegen verbal angemacht, AGLer sollen mehr kontrollieren.

Aber wie widersprüchlich ist das: immer noch Aufenthaltsräume, die nicht gelüftet werden können, z.B. Südkreuz hat nur auf einer Seite eine Tür, die nicht mal nach außen geht – frecherweise hängt da der Zettel, der zum Lüften auffordert. „Mit Nothammer lüften“ hat jemand freundlicherweise daneben geschrieben. Schlimmer ist noch diese kleine Hütte in KW... Die Zahlen für maximale Menge an Leuten passt auch nur, wenn alles planmäßig läuft. Aber letztens mit dem Eis stapeln sich die Leute, auch Wachschutz und Bahnreiniger kommen.

Auf Eigenschutz müssen wir achten, ja. Aber die Viren schwirren trotzdem rum. Die Bahn zieht sich auf ihre alte Methode „Zettel ranpappen und Weisungen rausbringen“ zurück. Und das ist nicht akzeptabel.

Unter Beobachtung?

Lokführer mussten zum Gespräch, weil sie beobachtet wurden, wie sie nicht richtig den Zug abgefertigt haben, keine Warnweste trugen usw.

Wenn es wirklich zuallererst um Sicherheit ginge, würde es doch anders laufen: Statt beobachten und melden, wie wärs mit direkt auf das vermeintliche Problem ansprechen?

Wenn dir das Flugblatt gefällt, dann gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter und schreib an:

flugblatt_bahn@gmx.de || www.zugfunke.sozialismus.click || Facebook: Der Zugfunke

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjestr. 17 14169 Berlin